

Sans-Papiers dürfen in die Lehre

Aktualisiert am 14.09.2010

Künftig sollen Jugendliche ohne Aufenthaltsbewilligung eine Lehre beginnen dürfen. Das hat der Ständerat entschieden.



Demonstration für die Rechte der Sans Papiers: Januar 2009 in Zürich.

Dossiers

Herbstsession 2010



**Erfolg für Opfer der Diktatur –
Dämpfer für die SVP**

Artikel zum Thema

**Immer mehr Illegale in der Schweiz
Ausschaffungsinitiative: SVP**

beschliesst die Ja-Parole

Nationalrat will zahnloses Hundegesetz

**Parlamentarier treten im Morgenrot
daher**

Bund lehnt «Schutz vor Waffengewalt»

Jugendliche Sans-Papiers sollen in der Schweiz künftig eine Berufslehre absolvieren dürfen. Der **Ständerat** hat am Dienstag als Zweitrat eine entsprechende Motion gutgeheissen. Der Bundesrat muss damit das geltende Gesetz ändern.

Der Entscheid fiel knapp: Mit 23 zu 20 Stimmen sagte der Ständerat Ja zur Motion des Genfer CVP-Nationalrats Luc Barthassat. Eine weiter gehende Motion von Antonio Hodgers (Grüne/GE) lehnte der Rat mit 22 zu 16 Stimmen ab. Zu einer Standesinitiative des Kantons Neuenburg sagte er mit 22 zu 21 Stimmen Nein.

Der Nationalrat hatte sich ebenfalls dafür ausgesprochen, dass Jugendliche Sans-Papiers eine Berufslehre absolvieren dürfen. Damit muss der Bundesrat nun eine Lösung ausarbeiten.

Stichworte

Migrationshintergrund



Ständerat



Integrieren statt ausschliessen

Die Mehrheit im Ständerat vertrat die Auffassung, die gegenwärtige Situation sei ungerecht: Jugendliche ohne Aufenthaltsbewilligung können heute studieren, aber keine Berufslehre absolvieren. Es gehe nicht an, die Jugendlichen, die keinerlei Schuld an ihrer Situation hätten, auf die Strasse zu schicken, argumentierten die Befürworter.

Manche verwiesen dabei auf die Diskussionen über Integration und Kriminalität. Eine Berufslehre sei die beste Integration, argumentierten sie. Die Alternative sei Kleinkriminalität, sagte Anita Fetz (SP/BS). «Wir sollten die Gelegenheit ergreifen, eine pragmatische Lösung zu finden», forderte Alain Berset (SP/FR).

Auch bürgerliche Befürworter

Zu den Befürwortern aus den Reihen der Linken gesellten sich viele Vertreter der CVP und der FDP, unter ihnen Urs Schwaller (CVP/FR), Helen Leumann (FDP/LU), Dick Marty (FDP/TI) und Felix Gutzwiller (FDP/ZH).

«Sind wir wirklich so hart, dass wir diesen jungen Menschen keine Chance geben?», fragte Leumann. Die Menschlichkeit einer Gesellschaft bemesse sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgehe, gab Marty zu bedenken. Und Gutzwiller stellte fest, es müsse doch Raum geben für Lösungen.

Warnung vor falschen Signalen

Die Gegner vertraten die Auffassung, dass das Problem nur verlagert werde, wenn Jugendliche ohne Rechtsstatus eine Berufslehre absolvieren dürften. Diese Jugendlichen befänden sich weiterhin illegal in der Schweiz und hätten nach der Lehre keinen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Vertreter der SVP brachten darüber hinaus prinzipielle Einwände vor. «Sans-Papiers sind Gesetzesbrecher», sagte Maximilian Reimann (SVP/AG). Die Schweiz dürfe nicht «zu einem Hort illegaler Zuwanderer degenerieren.» Hannes Germann (SVP/SH) warnte vor falschen Signalen: Es dürfe nicht sein, dass legal werde, was lange genug illegal sei.

Härtefallregelung besser für Jugendliche

Auch Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf sprach sich gegen eine Änderung der heutigen Praxis aus. Die Kantone hätten heute schon die Möglichkeit, in Härtefällen den Status von Sans-Papiers zu regeln, gab sie zu bedenken.

Im Fall von Jugendlichen, welche in der Schweiz zur Schule gegangen und gut integriert seien, werde «praktisch immer» die Härtefallregelung angewendet. In Zusammenarbeit mit den Kantonen habe der Bund vor einem Jahr einheitliche Leitlinien aufgestellt. Der Mehrheit im Ständerat reicht dies jedoch nicht: Sie verlangte eine Gesetzesänderung.

Die Frage der Berufslehre für Sans-Papiers gibt insbesondere in der Westschweiz zu reden: Die Stadt Lausanne hatte angekündigt, papierlosen Jugendlichen eine Lehre ermöglichen zu wollen – und war damit auf Kritik gestossen. Nun erhält sie Unterstützung. (oku/sda)

Erstellt: 14.09.2010, 11:58 Uhr

© Tamedia AG 2010 Alle Rechte vorbehalten